

**Nicola Koch**

## Policy-Transfer nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds

Fallanalyse: Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds in Norwegen und konventioneller Versorgungsfonds des Bundes

**Studienarbeit**

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren



## **Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

## **Impressum:**

Copyright © 2016 GRIN Verlag  
ISBN: 9783668645318

## **Dieses Buch bei GRIN:**

<https://www.grin.com/document/413232>

**Nicola Koch**

## **Policy-Transfer nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds**

**Fallanalyse: Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds in Norwegen und konventioneller Versorgungsfonds des Bundes**

## **GRIN - Your knowledge has value**

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite [www.grin.com](http://www.grin.com) ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

### **Besuchen Sie uns im Internet:**

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

[http://www.twitter.com/grin\\_com](http://www.twitter.com/grin_com)

# **Zeppelin University**

Department Politics Administration & International Relations

Politikfeldanalyse

Seminararbeit

## **Policy-Transfer: Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds Fallanalyse: Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds in Norwegen und konventioneller Versorgungsfonds des Bundes**

Bearbeitet von: Nicola Stefan Koch  
Studiengang: Politics Administration & International Relations  
Semester: Fall Semester 2016  
Abgabedatum: 29.08.2016

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	II
1. Einleitung.....	1
2. Untersuchungsgegenstand.....	2
3. Theorieauswahl .....	3
3.1. Akteurzentrierter Institutionalismus.....	3
3.2. Vetospieler-Theorem .....	4
4. Methodenauswahl .....	5
4.1. Policy-Transfer.....	5
4.2. Fallanalyse .....	6
5. Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds in Norwegen und konventioneller Versorgungsfonds des Bundes .....	7
5.1. Strukturanalyse (Polity).....	7
5.1.1. Norwegen .....	7
5.1.2. Deutschland .....	9
5.2. Prozessanalyse (Politics).....	11
5.2.1. Norwegen .....	11
5.2.2. Deutschland .....	13
5.3. Policy-Transfer (Policy).....	14
6. Fazit und Handlungsempfehlungen.....	17
Literaturverzeichnis.....	18

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Bedingungen für erfolgreiche Policy-Transfers .....	5
Abbildung 2: Vetospieler und Vetopunkte Norwegen .....	12
Abbildung 3: Vetospieler und Vetopunkte Deutschland .....	14

## 1. Einleitung

*„Quality of life and quality of the environment are worth something, [...] they are not reducible to financial percentages.” (UNEP FI AMWG 2005:3)*

Dieser Satz aus dem Jahr 2005 stammt von den Mitvorsitzenden einer vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen berufenen Arbeitsgruppe aus 13 Pensionsfondsmanagern, die gemeinsam ein Anlagevolumen von 1,7 Billionen USD verwalteten. Die Arbeitsgruppe stellte auf Grundlage eines Gutachtens der renommierten Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer fest, dass völlig unabhängig eines potentiellen finanziellen Nachteils, die Ausblendung ökologischer und sozialer Normen gegen die treuhänderische Pflicht, im besten Interesse der Pensionsempfänger zu handeln, verstoßen dürfte (UNEP FI AMWG 2007: 7). Heute haben zahlreiche staatliche Pensionsfonds in Nordamerika, Australien, Europa und Asien ökologische und soziale Kriterien internalisiert. Sie erkannten die Wertlosigkeit zukünftiger Pensionsansprüche ohne den Erhalt der ökologischen und sozialen Lebensgrundlage (wie z.B. Klima und Frieden).

Die Forschungsfrage lautet daher am Beispiel Norwegens und Deutschlands wieso in dem einen staatlichen Pensionsfonds nachhaltige und in dem anderen nur konventionelle Kriterien berücksichtigt werden. Aus politiktheoretischer Perspektive wird dabei die Hypothese geprüft, dass unter den gegebenen institutionellen und akteursspezifischen Bedingungen ein Policy-Transfer vom nachhaltigen norwegischen Pensionsfonds auf den konventionellen Versorgungsfonds des Bundes möglich ist. Aufgrund des theoretischen sowie methodischen Pluralismus innerhalb der Politikfeldanalyse werden Theorie und Methoden vom spezifischen Forschungsinteresse abgeleitet (Blum/Schubert 2011: 35, 48). Zunächst wird dabei in Kapitel 2. der Untersuchungsgegenstand konkretisiert. Anschließend wird in Kapitel 3. die Theorie- und in Kapitel 4. die Methodenauswahl begründet. Daraufhin wird in der praktischen Analyse die Arbeitshypothese systematisch geprüft, indem die Möglichkeit eines Policy-Transfers (vgl. Abschnitt 5.3.) abhängig von der jeweiligen politischen Form (vgl. Abschnitt 5.1.) und den politischen Prozessen (vgl. Abschnitt 5.2.) abgeschätzt wird. Schließlich werden die Ergebnisse in Kapitel 6. zusammengefasst und eine knappe Handlungsempfehlung präsentiert.

## 2. Untersuchungsgegenstand

Staatliche Pensionsfonds sind öffentlich-rechtlich regulierte Sondervermögen mit dem Zweck der Erfüllung eines Versorgungsversprechens. Der norwegische staatliche Pensionsfonds stellt dabei einen Grenzfall dar, da der Kapitalstock, ähnlich wie bei einem Staatsfonds, nicht durch die Pensionsempfänger gespeist wird. Die in der vorliegenden Arbeit behandelte Policy bleibt weitestgehend hiervon unberührt, so dass der Fonds zur Analyse herangezogen werden kann.

Die Integration der Leitidee der Nachhaltigkeit im Investment-Bereich unterscheidet nachhaltige von konventionellen Pensionsfonds. Dies gelingt durch die Nutzung verschiedener Konzepte. Trotz einer fehlenden einheitlichen Definition für nachhaltige (staatliche) Pensionsfonds bildet der Environmental, Social, Governance (ESG) – Ansatz einen weitverbreiteten Rahmen, innerhalb dem sich die Nachhaltigkeitsbemühungen der Fonds messen lassen können. Der ESG-Ansatz lässt sich dabei auf verschiedene Weise implementieren. Das meistverwendete Konzept stellt das Negativ-Screening dar, indem bestimmte Eigenschaften eines Wertpapiers die In- oder Exklusion in ein Fondsportfolio determiniert. So können bspw. die Nicht-Unterzeichnung des UN Global Compact, der OECD Richtlinien für multinationale Unternehmen<sup>1</sup> oder der Verstoß gegen die Waffensperrverträge Ausschlusskriterien darstellen sowie bestimmte wertbasierte Kriterien in den ESG-Bereichen, wie bspw. Atomkraft, Tabak oder Prostitution. Ein weiterer Ansatz ist das Positiv-Screening, womit wettbewerbliche Anreize für Unternehmen erzeugt werden sollen, indem z.B. nur in die nachhaltigsten Unternehmen innerhalb einer Branche investiert wird (Best-in-Class-Ansatz). Schließlich existiert noch eine aktive Form der Nachhaltigkeitsintegration. Hierbei engagieren sich die Pensionsfonds mittels ihrer Stimmrechte auf den Aktionärsversammlungen der von ihnen gehaltenen Aktien. Durch diesen Engagement-Ansatz werden dann ESG-Themen angesprochen bzw. Missstände thematisiert (Schäfer 2014: 67-70). Eine glaubwürdige Nachhaltigkeitsstrategie sollte daher möglichst alle Ansätze miteinander vereinen.

---

<sup>1</sup> Die Unterzeichner dieser beiden Vereinbarungen erklären sich bereit zur Einhaltung von u.a. Menschenrechten, Umweltschutz, Recht auf Kollektivverhandlungen und Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit (UN Global Compact o.J. und OECD Richtlinien für multinationale Unternehmen 2011).

### 3. Theorieauswahl

#### 3.1. Akteurzentrierter Institutionalismus

Zum Zweck der Prüfung der Arbeits-Hypothese, dass im Versorgungsfonds des Bundes, nach norwegischem Beispiel, Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden könnten, bieten sich politisch-institutionalistische Theorien als methodologische Grundlage an. Die Analyseebene ist dabei auf der Meso-Ebene verankert, womit der Referenzpunkt „staatlicher Pensionsfonds“ als Teilbereich der Sozial- und Rentenpolitik adäquat miteinander verglichen werden kann. Zudem wird in diesem Theoriefeld der Politics-Dimension weniger Einfluss als z.B. in der Machtressourcen- oder Parteiendifferenzschule eingeräumt und vielmehr die Bedeutung von politischen Strukturen und Institutionen hervorgehoben (Blum/Schubert 2011: 41 ff.). Dies entspricht dem Analyseschwerpunkt dieser Arbeit.

Der akteurzentrierte Institutionalismus wurde Mitte der 1990er Jahre durch Renate Mayntz und Fritz W. Scharpf entwickelt und dient dieser Arbeit als theoretischer Rahmen (Mayntz/Scharpf 1995). In der Theorie spielt die Interaktion zwischen relevanten staatlichen sowie nicht-staatlichen Akteuren und formellen (Gesetze, Regeln etc.) sowie informellen (Werte, Normen etc.) Institutionen eine wesentliche Rolle in der Erklärung von Policy-Phänomenen. Dabei wird sich an Erkenntnissen aus der Spieltheorie und Netzwerkanalyse bedient. Somit können Nutzen und Restriktionen relevanter politischer Akteure eingeschätzt und modelliert werden. Formelle sowie informelle Institutionen werden verstanden als „Regelsysteme [...], die einer Gruppe von Akteuren offenstehende Handlungsverläufe strukturieren“ (Scharpf 2000: 77). Institutionen können daher auch die Motivation von Akteuren prägen, indem sie eine bestimmte Handlungsorientierung für sie bereithalten. Somit können unterschiedliche formelle und informelle Institutionen auch dazu beitragen, dass bestimmte Umweltaspekte wahr- oder nichtwahrgenommen werden. Es lassen sich innerhalb des akteurzentrierten Institutionalismus daher auch politische Prozesse erklären.

Neben formellen und informellen Institutionen sind zudem noch politische Institutionen relevant. Politische Institutionen stellen dabei das allgemeine politische System dar, also ob ein Staat z.B. demokratisch verfasst ist, Gewaltenteilung

herrscht, wie die politischen Körperschaften strukturiert sind und ähnliches (Blum/Schubert 2011: 70 ff.). Somit werden auch politische Prozesse vom Agenda-Setting über die Willensbildung bis hin zur Implementierung von politischen Institutionen beeinflusst, wobei zu betonen bleibt, dass sich die einzelnen Akteure innerhalb dieses Systems bewegen können. Praktisch werden sie dann zum einen von formellen Institutionen wie Gesetzen, Abstimmungsregeln und Richtlinien beschränkt, wobei erstere Institutionen als materiell bindend und letztere (in vielen Fällen) als freiwillig bezeichnet werden können. Zum anderen lassen sich auch informelle Institutionen identifizieren wie Normen und Werte, die ebenfalls den Handlungsspielraum beschränken und darüber hinaus die Wahrnehmung der Umwelt beeinflussen.

### **3.2. Vetospieler-Theorem**

Um der Komplexität der zahlreichen Akteursnetzwerke in der politischen Realität zu begegnen, wird sich in dieser Arbeit zudem dem Vetospieler-Theorem bedient. Goerge Tsebelis hat das Theorem 1995 entwickelt, um die Relevanz der politischen Akteure hervorzuheben von denen letztlich der Verbleib im Status Quo oder ein Abweichen von diesem maßgeblich abhängig ist. Hierbei spielt das politisch-institutionelle Gefüge eine entscheidende Rolle, inwiefern Entscheidungs- und Einflussmöglichkeiten zwischen den politischen Akteuren (z.B. Oppositionspartei, Ministerien, Verfassungsgerichte, etc.) verteilt sind (Tsebelis 1995). Erweitert man diese politisch-institutionelle Perspektive um den Vetopunkte-Ansatz von Ellen Immergut, dann können auch Institutionen als Entscheidungsfaktoren berücksichtigt werden (Immergut 1990). Relevante Institutionen können somit als Vetopunkte aufgefasst und als solche modelliert werden. Das Theorem macht letztlich den Verbleib im oder den Wechsel vom Status Quo von unterschiedlichen Parametern abhängig. Dabei gilt: Je mehr Vetospieler/Vetopunkte in einem politischen System existieren und je geringer die gegenseitige politische Kongruenz sowie die jeweilige interne Kohäsion der politischen Akteure ist, desto unwahrscheinlicher wird ein politischer Wandel sein (Tsebelis 1995: 301-313, Immergut 1990: 396-399).

## 4. Methodenauswahl

### 4.1. Policy-Transfer

Der Policy-Transferansatz gewinnt innerhalb der Politikfeldanalyse seit den frühen 1990er Jahren immer mehr an Prominenz. Im Interesse dieser Arbeit wird sich dabei auf die Frage fokussiert, welche politisch-institutionellen Bedingungen für die Übernahme von Policies bestehen sollten. Dabei wird sich u.a. auf eine Arbeit von Josef Schmid bezogen, in der er sich auf die politischen und institutionellen Rahmenbedingungen beim Politiktransfer konzentriert (Schmid 2003). Er geht davon aus, dass je unterschiedlicher diese Rahmenbedingungen zwischen zwei Ländern gesetzt sind, desto schlechter ist auch die Übertragbarkeit eines politischen Programms. Dabei unterscheidet er zwischen globalen Lösungsstrategien und konkreten Instrumenten. Erstere sind aufgrund ihres unverbindlichen Charakters leichter zu implementieren als spezifische Policies. Die Übernahme konkreter Instrumente ist daher sogar bei politischer und institutioneller Ähnlichkeit oft mit technischen Kompatibilitäts- und Effizienzproblemen konfrontiert (Schmid 2003: 207). Diese Beobachtung lässt sich jedoch insoweit relativieren, dass auch unterschiedliche Transfergrade denkbar sind, von einer Kopie oder Emulation (d.h. eine Übernahme einer bestimmten Leitidee) bis zur Hybridbildung oder Inspiration einer Policy (Dolowitz/Marsh 1996: 351). Daher lassen sich, in Anlehnung an Schmid, die Bedingung für einen erfolgreichen (Teil-) Policy-Transfer in folgender Abbildung kategorisieren. Diese Einordnung findet dabei im praktischen Analyseteil dieser Arbeit Verwendung:

Inhalt der Politik	Bedingungen ähnlich	Bedingungen verschieden
Globale Problemdefinitionen und Lösungsstrategien	Weitgehende Analogie; Möglichkeit einer Übertragung hoch	Konsensdefizite; Möglichkeiten einer Übertragung Niedrig
Spezifische Programme und konkrete Instrumente	Abhängig vom Grad des Politiktransfers; Möglichkeit einer Übertragung gegeben	Konsensdefizite und Strukturdivergenzen; Wahrscheinlichkeiten einer Übertragung sehr niedrig

**Abbildung 1: Bedingungen für erfolgreiche Policy-Transfers**  
Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Schmid 2003: 207

## 4.2. Fallanalyse

Das Fallbeispiel oder die Fallanalyse bietet für die vorliegende Arbeit das geeignete methodische Instrument. Die Ergebnisse dieser Arbeit können aufgrund eines spezifischen Policy-Transfers keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit besitzen und sind nicht zwingend auf andere Länder übertragbar. Vielmehr soll mit der Fallanalyse ein qualitativer Vergleich ermöglicht werden, der spezifische Erkenntnisse über das konkrete politische Feld der staatlichen Pensionsfonds in Deutschland und Norwegen generieren soll. Selbstverständlich können hierbei jedoch auch interessante Erkenntnisse für andere Länder mit staatlichen Pensionsfonds eruiert oder zumindest ein theoretischer sowie methodischer Rahmen für eine entsprechende Analyse bereitgestellt werden (Blum/Schubert 2011: 52 f.).

Aufgrund des vorgegebenen Umfangs der Arbeit wird davon abgesehen einen Mehrländervergleich über Norwegen und Deutschland hinaus zu ziehen. Neben der Beschränkung des Arbeitsumfangs wurde zudem aus weiteren Gründen entschieden, keine zusätzliche quantitative Analyse des Fallbeispiels vorzunehmen. Grundsätzlich lassen sich Investmentfonds oder Pensionsfonds ab einer gewissen unterschiedlichen Größe nicht miteinander vergleichen. Es werden verschiedene Ähnlichkeiten wie Größe, Alter und Investmentuniversum benötigt, um eine valide Vergleichbarkeit zu gewährleisten (Schröder 2008: 6). Zu betonen bleibt jedoch, dass entgegen mancher Intuition nachhaltige Investmentfonds nur geringe bis keine Performancenachteile gegenüber konventionelle Investmentfonds aufweisen können. Hierzu existieren bereits zahlreiche Performancestudien, wobei diese aufgrund des bisherigen teils diffusen Nachhaltigkeitsverständnisses ebenfalls nicht pauschal verglichen werden können.<sup>2</sup> Schließlich werden Performance-Aspekte dennoch in der Fallanalyse im Rahmen der formellen Bedingungen für Pensionsfonds eine Rolle spielen.

---

<sup>2</sup> Die Performancestudien zu nachhaltigen Investmentfonds oder sog. Socially Responsible Investments (SRI) attestieren in der Tat unterschiedliche Ergebnisse von schlechterer, gleicher bis sogar besserer Performance nachhaltiger gegenüber konventionellen Investmentfonds. Auch das divergierende Nachhaltigkeitsverständnis in der Fachliteratur über nachhaltige Investments trägt dazu bei, dass keine klaren empirischen Evidenzen für oder gegen die Wirtschaftlichkeit von nachhaltigen Investmentfonds sprechen (vgl. Greczy/Sambaug/Levin 2005 und Renneboog/Horst/Zhang 2008 und RCM Sustainability White Paper 2011 oder für einen Einstieg in das Thema siehe Koch 2015).

## 5. Nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds in Norwegen und konventioneller Versorgungsfonds des Bundes

### 5.1. Strukturanalyse (Polity)

In diesem Abschnitt wird das politische und institutionelle System untersucht, welches den relevanten Akteuren in Deutschland sowie in Norwegen die Handlungsmöglichkeiten vorgibt und die Umweltwahrnehmung prägt. Zu diesem Zweck wird zwischen politischen, informellen und formellen Institutionen unterschieden (vgl. Abschnitt 3.1.). In unserem Fallbeispiel bedeutet dies, dass zunächst das politische System kategorisiert wird. Anschließend werden informelle Institutionen approximativ aufgrund der medialen Präsenz und der vergangenen Policies mit Fokus auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit abgeleitet. Dabei würde sich eine schwache Ausprägung dieser Indikatoren negativ auf einen Policy-Transfer auswirken. Abschließend werden die formellen Fonds-Charakteristiken ausführlich analysiert.

#### 5.1.1. Norwegen

Aus politisch-institutioneller Perspektive lässt sich Norwegen als zentralistisch organisierte „*konstitutionelle Monarchie auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage*“ (Förster/Schmid/Trick 2014: 113) kategorisieren. Es existiert eine effektive Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive und Legislative. Das Parlament („*Storting*“) wird alle vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die Struktur der Ministerien ist hierarchisch geprägt, wobei der jeweilige Minister an der Spitze steht und unter ihm der Staatssekretär, der Generalsekretär, verschiedene Abteilungsleiter, die Referatsleiter sowie die sachbearbeitende Beamtenschaft folgen. Es besteht keine eindeutige Unabhängigkeit der Verwaltung gegenüber der Regierung, da Spitzenbeamte politische Erwägungen in ihren Entscheidungen einbeziehen (Ebda: 117 f., 122-124).

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind als informelle Institutionen in Norwegen stark ausgeprägt. Dies lässt sich zum einen anhand der starken medialen Aufmerksamkeit auf die Anlagestrategie des staatlichen Pensionsfonds ableiten, welche nicht in dieser Form ohne ein öffentliches Interesse zustande gekommen wäre. Im Besonderen seit der Implementierung von Nachhaltig-

keitskriterien im Management Mandat im Jahr 2005 wuchs die öffentliche Kritik an einigen gehaltenen Aktien und Staatsanleihe sie würden gegen ethische Prinzipien verstoßen. Nachdem das Fonds-Management relativ schnell dem öffentlichen Druck nachgegeben hat, entwickelte sich die Berichterstattung ab 2006 ins positive und idealisiert den Fonds seither als moralische Instanz (Alm 2007: 39-41). Norwegen folgte dem im Jahr 1997 im Rahmen einer Sondersitzung der UN Vollversammlung gefassten Beschluss, dass alle Länder eine nationale Nachhaltigkeitsstrategie verabschieden sollten (Steurer/Martinuzzi 2005: 457). Seither stellen zahlreiche Policies, mit dem Fokus auf die Befriedigung der Bedürfnisse zukünftiger Generationen, Indikatoren für die gesellschaftliche normative Relevanz von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit dar. Neben dem hier behandelten nachhaltigen staatlichen Pensionsfonds lassen sich noch herausragende politische Programme, wie z.B. der starke Ausbau der erneuerbaren Energien, der Einführung einer eigenen CO<sup>2</sup> Besteuerung, die Reduktion von CO<sup>2</sup>-Emissionen um mind. 30 % bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 und die Erhöhung der Entwicklungshilfe auf 1 % des staatlichen BIPs, benennen (Norwegian Ministry of Finance 2008).

Der norwegische Staatsfonds „*Global Pension Fund*“ ist mit seinem Anlagevolumen von über 780 Milliarden Euro der weltweit größte Fonds seiner Art. Zu den formellen institutionellen Charakteristiken gehört, dass ein Teil aus den milliardenschweren staatlichen Öleinnahmen laufend in den Fonds investiert wird, wobei jährlich 4 % des Fondsgesamtvolumens in den Staatshaushalt zurückfließen. Der Fonds konnte in der Vergangenheit eine durchschnittliche jährliche Rendite von 5,6 % verzeichnen (Stand: 01.08.2016). Im Besonderen die Pensionsansprüche zukünftiger Generationen sollen zum großen Teil durch den Fonds gedeckt werden, da sich Norwegen mit einer alternden Gesellschaft sowie mit der Erschöpfung ihrer natürlichen Ressourcen konfrontiert sieht. Das Anlageuniversum ist global wobei 60 % in Aktien, 35 % in festverzinsliche Anleihen und 5 % in Immobilien investiert werden. Die Anlagestrategie ist auf langfristiges Investment ausgerichtet und verbunden mit dem Anlegergrundsatz „*hohe Renditen im Verhältnis zu moderatem Risiko*“ (Norges Bank o.J.). Die Verwaltung der Fondsmittel und Erträge des staatlichen Pensionsfonds liegt in der Verantwortung der norwegischen Zentralbank. Das Finanzministerium er-

lässt die Anlagerichtlinien in deren Rahmen das Fondsmanagement ihr Mandat operationell ausführt. Die Leitidee der Nachhaltigkeit wurde durch die Etablierung eines Ethik-Rats und die Einführung von Ethikrichtlinien im Jahr 2004 sowie durch die gesetzliche Verankerung von „*responsible management*“ sowie „*sustainable development in economic, environmental and social terms*“ im Jahr 2005 im Management Mandat des staatlichen Pensionsfonds durch das norwegische Parlament institutionalisiert (Etikkrådet o.J.; Regjeringen 2010: 2-4). Der Ethik-Rat nimmt dabei eine wichtige Rolle ein und empfiehlt dem Finanzministerium und der norwegischen Zentralbank den Ausschluss oder die Beobachtung von Unternehmen. Es werden dabei öffentlich-einsehbare Empfehlungen für den Ausschluss von Unternehmen ausgesprochen, die ein hohes Risiko aufweisen internationale Standards für die Bereiche Umwelt, Soziales und Unternehmensführung zu verletzen (Etikkrådet 2014). Die Wertpapiere werden letztlich auf Grundlage finanzieller sowie ethischer Kriterien ausgewählt. Dabei nutzt das Fondsmanagement die Methoden des Negativ-Screenings und des Engagements um die Ethikrichtlinien zu integrieren (vgl. Kapitel 2.). Im Rahmen des Engagements werden dabei die Unternehmen dazu aufgefordert die Prinzipien internationaler Standards wie z.B. des Global Compact oder der OECD Richtlinien für multinationale Unternehmen einzuhalten. Des Weiteren wirken Ausschlusskriterien wenn bspw. einem Unternehmen ernsthafte Menschenrechtsverletzungen, massive Umweltschäden oder grobe Korruption attestiert werden (Regjeringen 2010).

### **5.1.2. Deutschland**

Das politische System in Deutschland lässt sich durch seine föderalistische Organisation und sein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem kategorisieren. Weitere politisch-institutionelle Rahmenbedingung sind die effektive Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive und Legislative sowie die durch das Verhältniswahlrecht geprägte vierjährige Legislaturperiode des Bundestags und der Landesparlamente. Die Struktur der Ministerien ist hierarchisch geprägt, wobei nach den jeweiligen Bundesministern ein Staatssekretär, verschiedene Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter, Referatsleiter, Referenten sowie die sachbearbeitende Beamtenschaft folgen. Es besteht keine eindeutige Un-

abhängigkeit der Verwaltung gegenüber der Regierung, da Spitzenbeamte politische Erwägungen in ihren Entscheidungen einbeziehen (Rudzio 2015: 46, 50, 282 ff.).

Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind in Deutschland als informelle Institutionen relativ stark ausgeprägt. Die gesellschaftliche Nachfrage nach nachhaltigen Konsumprodukten ist steigend und gewinnt bspw. in den Segmenten Haushaltsgeräte, Wohnen, Mobilität, Lebensmittel und Klamotten, stetig an Marktanteilen (UBA 2013; Bündnis 90/Die Grünen 2013). Von Seiten der Politik wird diese Entwicklung forciert, indem energie- sowie ressourceneffizientes Bauen und Wohnen, Elektro-Mobilität oder die Erzeugung erneuerbarer Energien stark finanziell gefördert werden. Im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wird dem Thema Generationengerechtigkeit, im Sinne des Rechts zukünftiger Generationen auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, eine zentrale Rolle eingeräumt (Bundesregierung 2002). Als Indikatoren für die gesellschaftliche Relevanz von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sind seither einige herausragende politische Programme, wie z.B. der Atomausstieg, die Energiewende und die überdurchschnittlichen Bemühungen der Reduktion von CO<sup>2</sup>-Emissionen um 40 % bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990, zu benennen (Bundesregierung 2012a).

Der Versorgungsfonds des Bundes zeichnet ein Anlagevolumen von ca. 2,3 Milliarden Euro (Stand: Ende 2015) und wurde 2007 geschaffen um die Versorgungsausgaben der Beamten, Richter sowie Berufssoldaten die ab 2007 vom Bund eingestellt worden sind in Zukunft kapitalgedeckt zu finanzieren. Der Fonds speist sich dabei laufend aus einem Teil der Dienstbezüge welche die jeweiligen Ressortbereiche (Dienstherren) hierfür erheben müssen, aus der erzielten Rendite sowie durch Fremdkapitalzuflüsse (BMI o.J.). Formelle institutionelle Charakteristiken sind zudem, dass 90 % des Fondsvolumens in Eurodenominierte, handelbare festverzinsliche Schuldverschreibungen und maximal 10 % passiv und indexorientiert in Aktien angelegt werden.<sup>3</sup> Die Anlagestrategie ist dabei auf langfristige Investitionen gerichtet, wobei immer der Anlagegrund-

---

<sup>3</sup> In der Praxis bedeutet dies, dass das Fondmanagement z.B. in ein Exchange Traded Fund (ETF) investiert. Der Versorgungsfonds investiert dabei in einen Euro Stoxx 50 ETF, welcher die Wertentwicklung der 50 größten Unternehmen Europas abbildet und frei an der Börse handelbar ist (vgl. BMI 2015).

satz „*Sicherheit, Liquidität und Rendite*“ gewahrt werden soll (Versorgungsrücklagegesetz 2015: § 5, § 15). Die Verwaltung der Fondsmittel und Erträge liegt in der Hand der Deutschen Bundesbank. Das Bundesministerium des Innern (BMI) erlässt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und ggf. mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) die Anlagerichtlinien (Versorgungsrücklagegesetz 2015: § 5, § 11). Die Kompetenz für die Ausarbeitung der Anlagerichtlinien besitzt jedoch ein Anlageausschuss, in dem neben den drei oben genannten Ministerien das Bundesgesundheitsministerium (BMG) sowie die Bundesbank repräsentiert sind. Dies begründet sich dadurch, dass eine Änderung der Anlagerichtlinien den Pflegevorsorgefonds und das operationelle Fonds-Management affektiert. Beschlüsse werden daher letztlich möglichst nach dem Konsensprinzip getroffen (Abteilungsleiter BMI 2016: Telefonat).

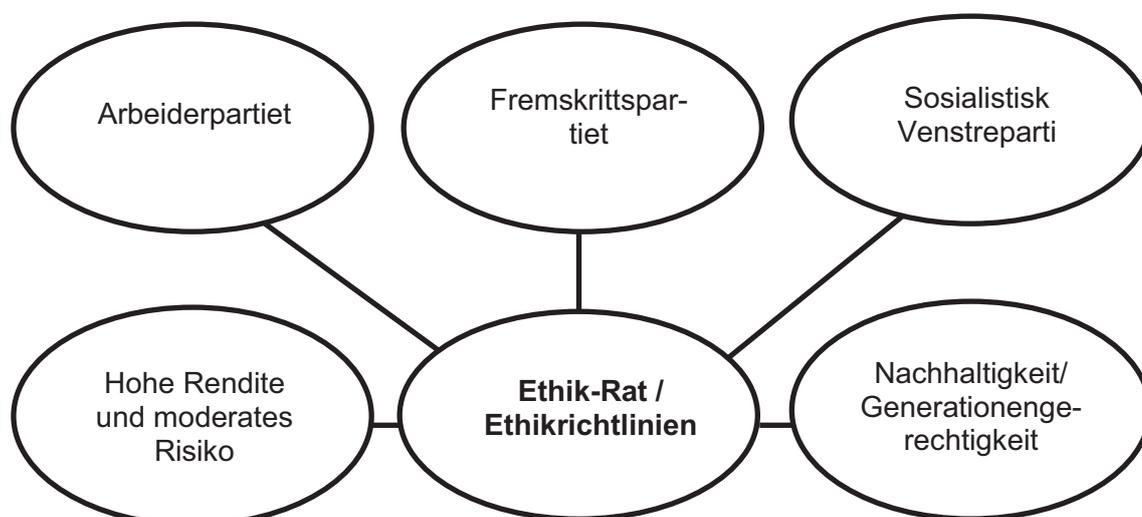
## **5.2. Prozessanalyse (Politics)**

Laut dem in Abschnitt 3.2. beschriebenen Vetospieler-Theorem sind alle politischen Akteure von Interesse, von denen ein Verbleib oder ein Abweichen vom Status Quo abhängt. Es kann sich dabei um staatliche, private und gesellschaftliche Akteure handeln welche zumeist korporativ organisiert sind und somit eine hierarchische Führung das organisatorische Ziel zu realisieren versucht (wie in z.B. Ministerien, Parteien, Gewerkschaften, Industrieverbänden, etc.) (Scharpf 2000: 24). In diesem Abschnitt wird daher das Akteursnetzwerk identifiziert und modelliert, welches sich die Zuständigkeit und die Einflussnahme rund um den Politikbereich „*staatlicher Pensionsfonds*“ teilt. Zudem besteht ein Fokus auf handlungsleitende Institutionen, welche als Vetopunkte in diesem Prozess fungieren.

### **5.2.1. Norwegen**

Die Policy „*nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds*“ kann auf verschiedene Ursachen zurückgeführt werden. Eine wichtige Entwicklung nahm sie im Jahr 2001, als der damalige Finanzminister Per-Kristian Foss von der konservativen Koalitionspartei „*Høyre*“ einen Beirat für internationales Recht berufen hat. Dieser sollte prüfen, ob sich im staatlichen Fonds gelistete Anlagen mit internationalen Rechtskonventionen, zu welchen Norwegen sich verpflichtet hat, decken.

Nachdem tatsächlich ein Unternehmen auf Empfehlung des Beirats aus dem Anlageuniversum ausgeschlossen wurde, sollte 2002 das von der Regierung dafür berufene „Graver Komitee“ Richtlinien für ethisches Investments ausarbeiten. Die Vorschläge des Graver Komitees wurden schließlich 2004 zum großen Teil von dem norwegischen Parlament übernommen und vom Finanzministerium in das Management Mandat integriert (Etikkrådet o.J.). Im Zeitraum von 2001-2005 regierte eine Koalition zwischen der konservativen Høyre, der christdemokratischen Kristelig Folkeparti und der liberalen Venstre mit Kjell Magne Bondevik von der Kristelig Folkeparti als Ministerpräsident und mit nur ca. 38 % der Sitze im Parlament. Die sozialdemokratische Arbeiderpartiet (26 %), die rechtspopulistische Fremskrittspartiet (16 %), die sozialistische Sosialistisk Venstreparti (14 %) und die grüne Senterpartiet (6 %) bildeten dabei die Opposition (NSD o.J.). Da die Verabschiedung der Ethikrichtlinien und die Etablierung des Ethik-Rats mindestens eine einfache Mehrheit im Parlament benötigte, stellten die drei starken Oppositionsparteien potentielle Vetospieler dar. Unter Annahme von innerer Kohäsion ist die Zustimmung mindestens einer der Parteien nämlich notwendig gewesen. Aus Abschnitt 5.2.1. lassen sich zudem noch formelle Institutionen wie die Vorgabe einer hohen Rendite im Verhältnis zu einem moderatem Risiko sowie informellen Institutionen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit als relevante Vetopunkte für die Reformen identifizieren. Die relevanten Vetospieler und Vetopunkte lassen sich anhand folgender Abbildung netzwerkartig darstellen:



**Abbildung 2: Vetospieler und Vetopunkte Norwegen**  
Quelle: Eigene Darstellung

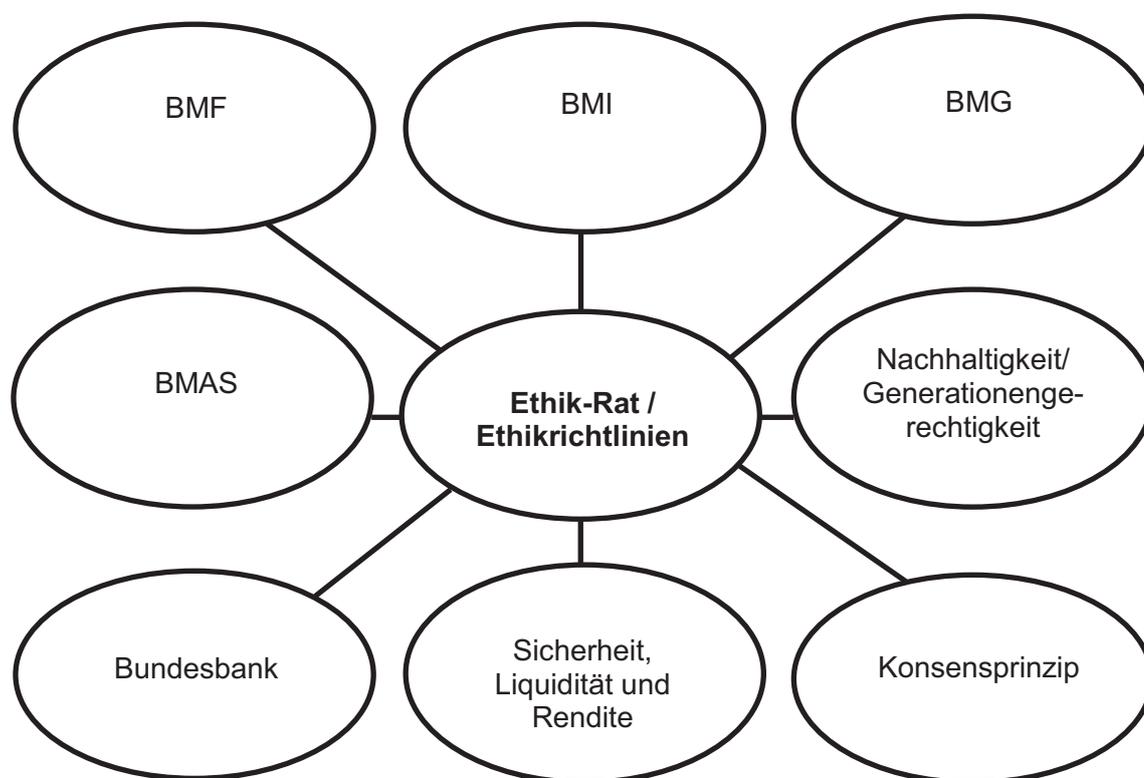
### 5.2.2. Deutschland

Würde die Policy „*nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds*“ in Deutschland versucht durchgeführt zu werden, müssten, neben dem dafür notwendigen Agenda-Setting, verschiedene Rahmenbedingungen und Akteure mit dieser im Einklang stehen. Eine Advocacy-Koalition<sup>4</sup> rund um das Thema nachhaltiges staatliches Investment lässt sich in Deutschland etwas diffus feststellen. Demnach existieren verschiedene Akteure die ein nachhaltiges Investment auf staatlicher Ebene ideell befürworten und praktisch forcieren, jedoch nicht in Form einer spezifischen Policy. Auf Bundesebene wurde das Thema ethisches Investment auf staatlicher Ebene z.B. 2012 von der Partei „*Die Linke*“ in Form einer kleinen Anfrage und 2010 durch einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen thematisiert (Die Linke 2012; Bündnis 90/Die Grünen 2010). Einen konkreten Antrag zur Etablierung von Nachhaltigkeitskriterien in den landeseigenen Versorgungsfonds und die Etablierung eines Ethikbeirats wurde jedoch von der regionalen Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in Brandenburg 2015 gestellt (Bündnis 90/Die Grünen 2015). Als Mitglied des konsultierenden Beirats des Versorgungsfonds des Bundes fordert der DGB sogar auch explizit „*Nachhaltigkeitskriterien müssen berücksichtigt werden*“ (DGB 2016: 4). Interessanterweise scheint das Thema nachhaltiger Versorgungsfonds des Bundes innerhalb der Medien sowie für zivilgesellschaftliche Organisationen (noch?) keine wichtige Rolle zu spielen. Unabhängig eines entsprechenden Agenda-Settings können verschiedene relevante Akteure und Institutionen im Prozess einer potentiellen Etablierung von Ethikrichtlinien und eines Ethik-Rats identifiziert werden. Aus prozessanalytischer Perspektive bedürfte die Etablierung von Ethikrichtlinien oder eines Ethikrats einer einfachen Mehrheit im Bundestag. Da bis zu den Wahlen 2017 eine große Koalition zwischen der christdemokratischen CDU und der sozialdemokratischen SPD besteht, werden unter Annahme der policy-spezifischen Kongruenz beider Parteien und des Fraktionszwangs hier keine Vetospieler festgelegt. Interessanterweise könnten Ethikrichtlinien unabhängig vom Parlament von den Mitgliedern des Anlageausschuss in die Anlagestrate-

---

<sup>4</sup> Der Advocacy Coalition Framework (ACF) von Sabatier ist ein Ansatz welcher geteilten Wertvorstellungen und politischen Kernüberzeugungen (Belief-Systems) verschiedener Akteure innerhalb eines Netzwerks große Bedeutung für einen Policy-Wandel beimisst (Sabatier/Weible 2007).

gie integriert werden. Hierbei wirkt jedoch das Konsensprinzip als Vetopunkt. Zudem müssten die formellen Institutionen wie der Anlagegrundsatz Sicherheit, Liquidität und Rendite und die informellen Institutionen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit ebenfalls als mögliche Vetopunkte berücksichtigt werden (vgl. Abschnitt 5.1.2.). Um einen Policy-Prozess anzustoßen, welcher zum Ziel die Etablierung von Ethikrichtlinien und eines Ethikrats hat, können folgende relevanten Vetospieler und Vetopunkte netzwerkartig dargestellt werden:



**Abbildung 3: Vetospieler und Vetopunkte Deutschland**  
Quelle: Eigene Darstellung

### 5.3. Policy-Transfer (Policy)

Auf Grundlage der Struktur- und Prozessanalyse der vorherigen Abschnitte wird nun systematisch die Möglichkeit eines Policy-Transfers des nachhaltigen staatlichen Pensionsfonds in Norwegen auf den konventionellen Versorgungsfonds des Bundes geprüft (vgl. Abschnitt 4.1.). Konkret bedeutet dies die Etablierung von Ethikrichtlinien im Fondsmanagement und eines Ethik-Rats für den Versorgungsfonds des Bundes.

Die politisch-institutionelle Übereinstimmung zwischen Norwegen und Deutschland ist für einen möglichen Policy-Transfer gewährleistet. Beide Länder besitzen prinzipiell ein parlamentarisch-demokratisches Regierungssystem. Eine Gewaltenteilung zwischen Judikative, Exekutive und Legislative ist ebenfalls vorhanden. In beiden Ländern werden die nationalen Parlamente alle vier Jahre nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die Hierarchie innerhalb der Ministerien ist sehr ähnlich strukturiert, wobei zusätzlich die politische Einflussnahme von Spitzenbeamten ähnlich institutionalisiert ist (vgl. Abschnitt 5.1.1. und 5.1.2.).

Informelle Institutionen wie globale Problemdefinitionen und Lösungsstrategien sind hinsichtlich der gesellschaftlichen Relevanz von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit in Norwegen sowie in Deutschland bereits etabliert. Sie wirken somit nicht als potentielle Vetopunkte. Das gesellschaftliche Bewusstsein über Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit entwickelt sich z.B. anhand des medialen Interesses und der Konsumnachfrage relativ gut. Beide Länder besitzen eigene nationale Nachhaltigkeitsstrategien in denen globale Herausforderungen wie Klimawandel, Ressourcenknappheit und extreme Armut identifiziert werden (vgl. Abschnitt 5.1.1. und 5.1.2.). Es lassen sich zudem ähnliche Lösungsstrategien hinsichtlich der integrativen Politikgestaltung identifizieren, welche schon beim Agenda-Setting die Berücksichtigung ökologischer, sozialer sowie ökonomischer Gesichtspunkte impliziert (Norwegian Ministry of Finance 2008: 15, Bundesregierung 2012a: 24).

Die Übernahme des spezifischen Programms „*nachhaltiger staatlicher Pensionsfonds*“ mit den konkreten Instrumenten der Etablierung von Ethikrichtlinien und eines Ethik-Rats von Norwegen auf Deutschland ist bedingt möglich. Aufgrund der Kompatibilität der politischen sowie informellen Institutionen und der Regierungsmehrheit in Deutschland ist unter den Bedingungen politischer Kongruenz und interner Kohäsion innerhalb der großen Koalition eine Policy-Emulation<sup>5</sup> durchführbar (vgl. Abschnitt 4.1.). Die bloße Politikdurchsetzung wäre hinsichtlich der Stimmverteilung im Parlament in Deutschland sogar wahrscheinlicher als damals in Norwegen, als sich die Koalition 2004 mit drei Oppo-

---

<sup>5</sup> Die Policy-Emulation (vgl. Abschnitt 4.1.) impliziert eine Übernahme eines spezifischen Programms ohne dabei eine explizite Kopie der Policy zu erzeugen (vgl. Dolowitz/Marsh 1996: 351).

sitionsparteien als potentielle Vetospieler konfrontiert sah (vgl. Abschnitt 5.2.1.). Prozessanalytisch lassen sich jedoch unterschiedliche Vetospieler sowie Vetopunkte identifizieren, die ein notwendiges Agenda-Setting wie in Norwegen erschweren (vgl. Abschnitt 3.2.). Zum einen lassen sich die formalen Vetopunkte in den Anlagerichtlinien nennen, wobei in Norwegen der Anlegergrundsatz hohe Rendite und moderates Risiko und in Deutschland der Anlegergrundsatz Sicherheit, Liquidität und Rendite gilt. Dieser jeweils relativ wage Anlegergrundsatz wird dabei in Norwegen mit einem aktiven Management von einem 60 % Aktienanteil in Verbindung gebracht, wobei in Deutschland dieser durch ein passives Management von gerade einmal 10 % Aktienanteil interpretiert wird. Dies kann sich insofern negativ auf das Agenda-Setting auswirken, als dass bislang mehr aktiv-gemanagte nachhaltige Investmentmöglichkeiten als entsprechende passive Indexinvestments bestehen. Eine Kopie der Policy würde somit vermutlich zusätzliche Änderungen des Anlagestils oder der Anlagestruktur suggerieren. Zum anderen besitzen zwar die nationalen Zentralbanken das Management Mandat für den jeweiligen staatlichen Pensionsfonds, jedoch erlässt in Norwegen lediglich das Finanzministerium die Anlagerichtlinien (vgl. Abschnitt 5.1.1.). In Deutschland entscheidet dahingegen rein formal ein Anlagegremium aus BMI, BMF und ggf. BMAS über die Anlagerichtlinien. In der Praxis werden zudem Beschlüsse sogar im Einvernehmen mit dem BMG und der Bundesbank im Konsensprinzip getroffen (vgl. Abschnitt 5.1.2.). Werden daher die formellen institutionellen Bedingungen zum Zeitpunkt des Agenda-Settings verglichen, dann scheinen die Voraussetzungen für das norwegische Finanzministerium hierfür bedeutend besser gewesen zu sein. Während sich BMI oder BMF aufgrund des informellen Konsensprinzips als Vetopunkt mit gleich vier Vetospielern konfrontiert sehen, konnte das norwegische Finanzministerium das Thema ethische Verantwortung für den staatlichen Pensionsfonds alleine anstoßen (vgl. Abschnitt 5.2.1. und 5.2.2.). Letztlich kann auch nicht davon ausgegangen werden, dass eine akteursübergreifende inhaltliche Kongruenz besteht, da bspw. die Etablierung eines aktiven Anlagestils mit dem Wunsch politischer Neutralität der Bundesbank konfligieren kann.

## 6. Fazit und Handlungsempfehlungen

Unter den gegebenen institutionellen und akteursspezifischen Bedingungen ist ein Policy-Transfer vom nachhaltigen norwegischen Pensionsfonds auf den konventionellen Versorgungsfonds des Bundes bedingt möglich. Die politischen und informellen Institutionen sind kompatibel. Dennoch schienen in Norwegen die formellen institutionellen Voraussetzungen für die parlamentarische Verabschiedung von Ethikrichtlinien für das Management Mandat des staatlichen Pensionsfonds und der Einrichtung eines Ethik-Rats günstiger, als in Deutschland heute, gewesen zu sein. So war etwa das norwegische Finanzministerium alleine für die Frage zuständig, wie die Fondsanlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben investiert werden sollen. Dies ermöglichte es dem damaligen Finanzminister im Alleingang nachhaltiges Investment auf die Agenda zu setzen. In Deutschland hingegen sind in der politischen Praxis mit dem BMI, BMF, BMAS, BMG und der Bundesbank gleich fünf Akteure bei dieser Frage involviert, was auch das Initiieren eines Policy-Wandels nach dem Vetospieler-Theorem erschweren müsste. Zudem musste für die Einführung von Ethikrichtlinien in Norwegen keine prinzipiellen Änderungen der Anlagestruktur und des Anlagestils durchgesetzt werden. Dies könnte in Deutschland in Anbetracht der konservativen Anlagestruktur und des passiven Anlagestils der Bundesbank der Fall sein, was ebenfalls hinderlich für eine Policy-Kopie nach norwegischem Beispiel zu sein scheint. Daher ist eine Policy-Emulation und keine explizite Kopie im Rahmen des Versorgungsfonds des Bundes realistisch durchführbar.

Im Sinne einer programmatischen Übernahme der Policy könnte bspw. der bereits existente Rat für Nachhaltige Entwicklung als Ethik-Rat fungieren und ggf. einen Entwurf für Ethikrichtlinien für das Parlament erarbeiten. Wird der Inhalt der norwegischen Policy genauer betrachtet, dann fällt auf, dass dieser im Einklang mit der Überzeugung der Bundesregierung steht. So erwartet die Bundesregierung, dass *„sich unternehmerisches Handeln an einschlägigen Leitlinien und Prinzipien unter anderem der OECD oder im Rahmen des Global Compact“* orientiert (Bundesregierung 2012b: 8). Nichts anderes macht der norwegische staatliche Pensionsfonds mit seinem Engagement Ansatz. Wann beginnt also die Bundesregierung auch hier Verantwortung zu übernehmen?

## Literaturverzeichnis

- ALM, KRISTIAN (2007):** Challenges to investment ethics in the Norwegian Petroleum Fund: A newspaper debate, *Philosophica*, 80, 21–44.
- BLUM, SONJA / SCHUBERT, KLAUS (2011):** Politikfeldanalyse, 2. Aufl., Wiesbaden.
- DOLOWITZ, DAVID/ MARSH, DAVID (1996):** Who Learns What from Whom: a Review of the Policy Transfer Literature, in: *Political Studies*, S. 343-357.
- FÖRSTER, CHRISTIAN/ SCHMID, JOSEF/ TRICK, NICOLAS (2014):** Die nordischen Länder – Politik in Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden, Wiesbaden.
- IMMERGUT, ELLEN (1990):** Institutions, Veto Points and Policy Results: A Comparative Analysis of Health Care, in: *Journal of Public Policy*, 10, S. 391-416.
- MAYNTZ, RENATE / SCHARPF, FRITZ W. (1995):** Gesellschaftliche Selbstregulierung und Politische Steuerung, Frankfurt/Main.
- RENNEBOOG, LUC/ HORST, JENKE TER/ ZHANG, CHENDI (2008):** Socially re-sponsible investments – Institutional aspects, performance, and investor behavior, in: *Journal of Banking & Finance*, 32 (9), S. 1723-1742.
- RUDZIO, WOLFGANG (2015):** Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 9 Aufl., Wiesbaden.
- SABATIER, PAUL A./WEIBLE, CHRISTOPHER M. (2007):** The Advocacy Coalition Framework: Innovations and Clarifications, in: *Theories of the Policy Process.*, hrsg. von Paul A. Sabatier, Boulder, 189-220.
- SCHÄFER, HENRY (2014):** Nachhaltige Kapitalanlagen umsetzen – ein Fahrplan, in: *Institutionelle Anleger und nachhaltige Kapitalanlagen – Best Practices deutscher Banken, Stiftungen und Altersvorsorgeeinrichtungen*, hrsg. von H. Schäfer, Wiesbaden, S. 59-78.
- SCHARPF, FRITZ W. (2000):** Interaktionsformen. Akteurszentrierter Institutionalismus in der Politikforschung, Opladen.

**SCHMID, JOSEF (2003):** Referenzstaaten, Politikdiffusion und das Auflösen von Reformblockaden, in: *Der Bürger im Staat*, 53 (4), S. 203-208.

**STEUER, REINHARD/ MARTINUZZI, ANDRÉ (2005):** Towards a new pattern of strategy formation in the public sector: first experiences with national strategies for sustainable development in Europe, in: *Environment and Planning C: Government and Policy*, Jg. 23, H. 3, S. 455–472.

**TSEBELIS, GEORGE (1995):** Decision Making in Political Systems: Veto Players in Presidentialism, Parliamentarism, Multicameralism and Multipartyism, in: *British Journal of Political Science*, 25 (2), S. 289-325.

## Elektronische Quellen

**BMI (2015):** Schriftliche Frage Monat Juni 2015 / Arbeitsnummer 6/39 - Frau Annalena Baerbock MdB,  
[http://www.annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2015/12/2015-06-15-antwort-sf\\_cb-pensionsfonds.pdf](http://www.annalena-baerbock.de/wp-content/uploads/2015/12/2015-06-15-antwort-sf_cb-pensionsfonds.pdf),  
abgerufen am 10.08.2016.

**BMI (o.J):** Lexikon / Versorgungsfonds,  
[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/V/versorgungsfonds\\_des\\_bundes.html?view=renderHelp%5BCatalogHelp%5D](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/V/versorgungsfonds_des_bundes.html?view=renderHelp%5BCatalogHelp%5D),  
abgerufen am 10.08.2016.

**BUNDESREGIERUNG (2002):** Perspektiven für Deutschland,  
[http://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/Nachhaltigkeit-wiederhergestellt/perspektiven-fuer-deutschland-langfassung.pdf?__blob=publicationFile),  
abgerufen am 10.08.2016.

**BUNDESREGIERUNG (2012a):** Nationale Nachhaltigkeitsstrategie - Fortschrittsbericht,  
[https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=7](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/Bestellservice/2012-05-08-fortschrittsbericht-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=7),  
abgerufen am 10.08.2016.

**BUNDESREGIERUNG (2012b):** Antwort auf Kleine Anfrage / Drucksache 17/9464,  
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/094/1709464.pdf>,  
abgerufen am 19.08.2016.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2010):** Antrag / Drucksache 17/795,  
[https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/fileadmin/Itf\\_brandenburg/Dokumente/Antraege/6\\_Wahlperiode/6\\_2728\\_Ethisch\\_verantwortbare\\_Vermögensanlage\\_des\\_Pensionsfonds\\_sicherstelle](https://www.gruene-fraktion-brandenburg.de/fileadmin/Itf_brandenburg/Dokumente/Antraege/6_Wahlperiode/6_2728_Ethisch_verantwortbare_Vermögensanlage_des_Pensionsfonds_sicherstelle)

n.pdf,

abgerufen am 18.08.2016.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2013):** Gutachten - Der Weg zu nachhaltiger Kleidung,

<https://www.gruene->

bundes-

tag.de/fileadmin/media/gruenebundestag\_de/themen\_az/verbraucherschutz/Gutachten\_Nachhaltige\_Kleidung.pdf,

abgerufen am 10.08.2016.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2015):** Antrag / Drucksache 6/2728,

<https://www.gruene-fraktion->

branden-

burg.de/fileadmin/ltf\_brandenburg/Dokumente/Antraege/6\_Wahlperiode/6\_2728

\_Ethisch\_verantwortbare\_Vermögensanlage\_des\_Pensionsfonds\_sicherstellen.pdf,

abgerufen am 18.08.2016.

**DGB (2016):** Stellungnahme,

<https://www.google.de/webhp?sourceid=chrome->

instant&rlz=1C1JPGB\_enDE609DE609&ion=1&espv=2&ie=UTF-

8#q=Stellungnahme+des+Deutschen+Gewerkschaftsbundes+(Stand+11.+Februar+2016),

abgerufen am 18.08.2016.

**DIE LINKE (2012):** Kleine Anfrage / Drucksache 17/9125,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/091/1709125.pdf>,

abgerufen am 18.08.2016.

**ETIKKRADET (2014):** Guidelines,

<http://etikkradet.no/en/guidelines/>,

abgerufen am: 08.08.16.

**ETIKKRADET (o.J.):** History,

<http://etikkradet.no/en/history/>,

abgerufen am: 08.08.16.

**GECZY, CHRISTOPHER/ STAMBAUGH, ROBERT F./ LEVIN, DAVID (2005):**

Investing in Socially Responsible Mutual Funds,

[http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract\\_id=416380](http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=416380),

abgerufen am: 29.07.2016.

**KOCH, NICOLA (2015):** Performanceunterschiede zwischen konventionellen und nachhaltigen Investmentfonds? – Eine Analyse anhand selbst gewählter Beispiele,

<http://www.grin.com/de/e-book/310935/performanceunterschiede-zwischen-konventionellen-und-nachhaltigen-investmentfonds>,

abgerufen am: 29.07.2016.

**NORGES BANK (o.J):** The Fund,

<https://www.nbim.no/en/the-fund/>,

abgerufen am: 08.08.16.

**NORWEGIAN MINISTRY OF FINANCE (2008):** Norway's Strategy for Sustainable Development:

<http://www2.ecolex.org/server2.php/libcat/docs/LI/MON-083545.pdf>

abgerufen am: 08.08.16.

**NSD (o.J.):** Kjell Magne Bondevik's Second Government (19.10.2001-16.10.2005),

[http://www.nsd.uib.no/polsys/index.cfm?urlname=parti&lan=eng&MenuItem=N1\\_2&ChildItem=&State=collapse&UttakNr=28&Regstart=2001-10-](http://www.nsd.uib.no/polsys/index.cfm?urlname=parti&lan=eng&MenuItem=N1_2&ChildItem=&State=collapse&UttakNr=28&Regstart=2001-10-19&Regslutt=2005-10-16&PartierKode=71,51,31&StortingPeriodeKode=146)

[19&Regslutt=2005-10-16&PartierKode=71,51,31&StortingPeriodeKode=146](http://www.nsd.uib.no/polsys/index.cfm?urlname=parti&lan=eng&MenuItem=N1_2&ChildItem=&State=collapse&UttakNr=28&Regstart=2001-10-19&Regslutt=2005-10-16&PartierKode=71,51,31&StortingPeriodeKode=146),

abgerufen am 18.08.2016.

**OECD (2011):** OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen,

<http://www.oecd.org/corporate/mne/48808708.pdf>,

abgerufen am: 30.07.2016.

**RCM SUSTAINABILITY WHITE PAPER (2011):** Sustainability: opportunity or opportunity cost?,

<https://www.allianz.com/media/responsibility/documents/rcmsustainabilitywhitepaper2011.pdf>,

abgerufen am: 29.07.2016.

**REGJERINGEN (2010):** Government Pension Fund Global - Management Mandate,

[https://www.regjeringen.no/contentassets/9d68c55c272c41e99f0bf45d24397d8c/mandatet-\\_gpgfg\\_01022016.pdf](https://www.regjeringen.no/contentassets/9d68c55c272c41e99f0bf45d24397d8c/mandatet-_gpgfg_01022016.pdf),

abgerufen am: 08.08.16.

**SCHRÖDER, MICHAEL (2003):** Socially Responsible Investments in Germany, Switzerland and the United States – An Analysis of Investment Funds and Indices,

<ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp0310.pdf>,

abgerufen am: 29.07.2016.

**UBA (2013):** Grüne Produkte in Deutschland – Status Quo und Trends,

[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/gruene\\_produkte\\_in\\_deutschland\\_status\\_quo\\_und\\_trends\\_neulayout.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/376/publikationen/gruene_produkte_in_deutschland_status_quo_und_trends_neulayout.pdf),

abgerufen am 10.08.2016.

**UN GLOBAL COMPACT (o.J.):** Focus areas,

<https://www.unglobalcompact.org/what-is-gc>,

abgerufen am: 30.07.2016.

**UNEP FI ASSET MANAGEMENT WORKING GROUP (2005):** A legal framework for the integration of environmental, social and governance issues into institutional investment,

[http://www.unepfi.org/fileadmin/documents/freshfields\\_legal\\_resp\\_20051123.pdf](http://www.unepfi.org/fileadmin/documents/freshfields_legal_resp_20051123.pdf),

abgerufen am 18.08.2016.

**UNEP FI ASSET MANAGEMENT WORKING GROUP (2007):** Responsible Investment in Focus - How leading public pension funds are meeting the challenge

<http://www.unepfi.org/fileadmin/documents/infocus.pdf>,

abgerufen am 18.08.2016.

**VERSORGUNGSRÜCKLAGEGESETZ (2015):** § 5, § 11, § 15,

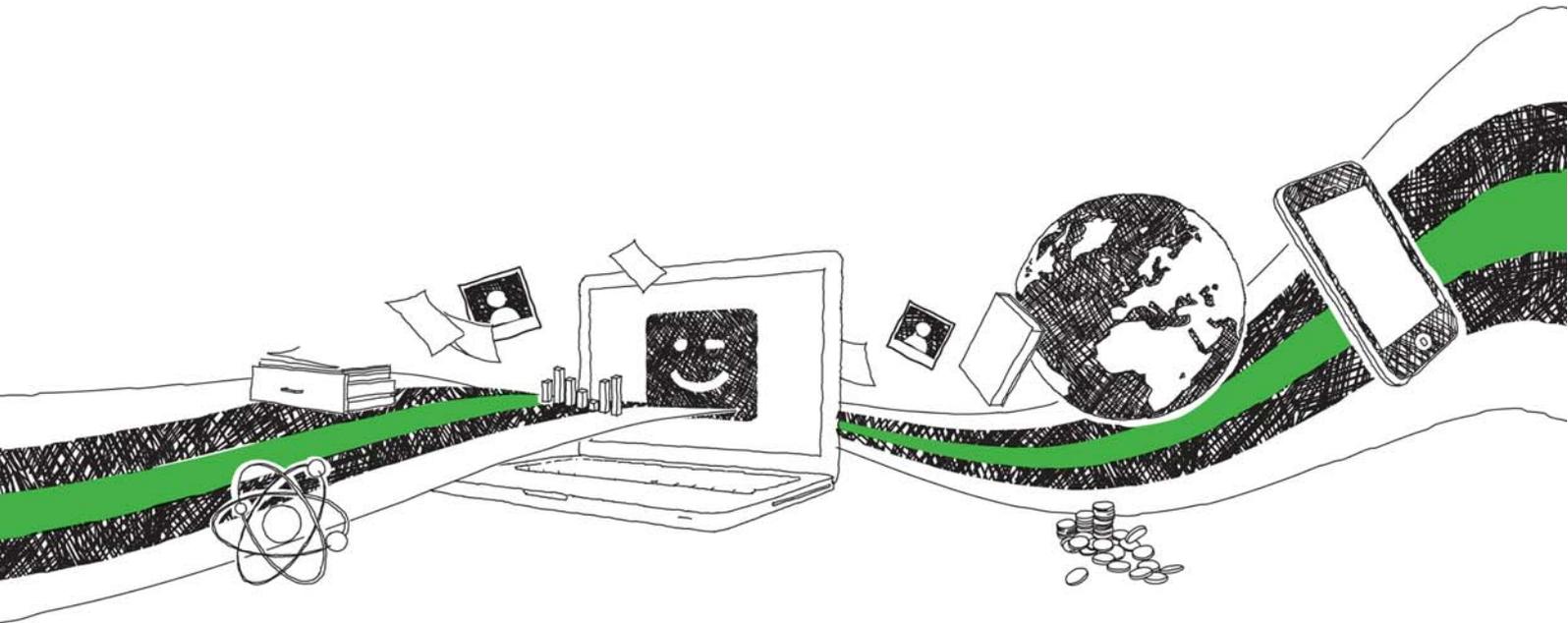
<http://www.buzer.de/gesetz/4566/b25495.htm>,

abgerufen am 10.08.2016.

## Mündliche Quellen

**Abteilungsleiter BMI (2016, 12 August):** Verabredetes Telefonat mit einem sachkundigen Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, [Eigenes Gesprächsprotokoll].

# BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei [www.GRIN.com](http://www.GRIN.com) hochladen  
und kostenlos publizieren

